

# **Es reicht. Für alle.**

## **Was Verteilungsgerechtigkeit, Chancen und Lebensqualität entgegensteht.**

Von Martin Schenk

### **1. Die Leistungslüge: Wahre Werte**

Gerlinde war gerade da. Sie schlägt sich als Gebrauchsgrafikerin durch den Alltag. Ihr dreijähriger Sohn leidet seit seiner Geburt an schwerem Asthma. Seine Betreuung braucht viel Zeit. Das Einkommen ihrer Arbeit ist unregelmäßig und gering. Loch auf Loch zu. So muss sie rechnen, einmal die Miete, einmal das Heizen, einmal das Telefon. Immer gibt es eine offene Rechnung. Kaputt werden darf nichts. Gerlinde leistet Außergewöhnliches, leisten kann sie sich nichts. Am Abend treffe ich Herbert, jahrelang obdachlos, er macht gerade Alkoholentzug. Für ihn eine große Leistung, wie wir sie uns gar nicht vorstellen können. Heidi arbeitet als Pflegehelferin. Sie hört zu, wäscht, verbindet, bringt das Essen. Die Verantwortung ist groß, das Einkommen klein. Am Abend gibt's dann zu Hause noch den eigenen Haushalt.

Alle drei sind beachtliche Leistungsträger. Gerlinde, Herbert oder Heidi kommen aber nie vor, wenn es um „die Leistungsträger“ geht. Um die Mutter mit zwei Kindern, die sich mit drei prekären Minijobs abstrampelt dreht sich`s dann genauso wenig wie um den Hilfsarbeiter am Bau, die Frau an der Supermarkt-Kassa oder die schlecht bezahlten Hilfskräfte im Gesundheitssektor.

Wenn als „Leistungsträger“ aber einzig die Bezieher hoher und höchster Einkommen bezeichnet werden, kommt eine Ideologie ins Spiel, die unterstellt, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Einkommen und Leistung gäbe.

US-Manager verdienen heute das 500fache ihrer Mitarbeiter. In den achtziger Jahren war es noch das Vierzigfache. Sind Manager jetzt 10mal fleißiger als damals? Und sind die Mitarbeiter um so viel weniger leistungsfähig und fauler als in den achtziger Jahren? Hilfsarbeiter in der Bekleidungsindustrie verdienen weniger als jene in der Erdölindustrie. Leisten sie auch weniger? Wer reiche Eltern hat, erbt viel. Doch: Welche Leistung ist Erben?

Weiters können Löhne ganzer Gruppen von Erwerbstätigen fallen, ohne dass sich etwas an deren Leistung geändert hätte. Die Unterschiede zwischen Reichen und nicht Reichen in Qualifikation und Arbeitszeit sind zurückgegangen, die Einkommensdifferenzen jedoch haben zugenommen.

Hier könnte eingewendet werden: Einkommen richten sich eben nicht nur nach der Leistung, sondern in einer Marktwirtschaft auch nach dem Bedarf. Aber auch das ist wenig stichhaltig. Finden sich doch viele der massiv unterbezahlt erbrachten Leistungen in Bereichen, in denen es um existenzielle Bedürfnisse geht. Wer sich um kleine und größere Kinder, kranke Angehörige, die Wäsche und das Kochen kümmert, verdient nichts, was in der genannten Leistungsträger-Logik nur bedeuten kann, dass sie – oder er – eben nichts leistet.

Dahinter verbirgt sich auch ein fragwürdiges Menschenbild. Niemand ist seines „eigenen Glückes Schmied“. Kein Mensch kommt allein auf die Welt. Wir brauchen von der Geburt an andere um zu uns selbst zu kommen. Der Mensch wird am Du zum Ich. Niemand ist das, was er/sie ist, ohne die sorgenden und unterstützenden Tätigkeiten anderer. Dass Menschen einander brauchen, ist der menschliche Normalzustand. Als Sorgende tätig sein und der Sorge anderer bedürfen ist existentiell.

Dass der Lohn für diese Arbeiten gleich null ist, liegt wohl weder an mangelnder Leistung der

Betroffenen noch an mangelndem Bedarf an diesen Tätigkeiten. Die Entlohnung einer Tätigkeit hat vor allem mit dem damit verbundenen Status und mehr noch mit Verhandlungsmacht zu tun, mit Nachfrage am Arbeitsmarkt, sozialen Normen, gesetzlichen Regelungen und dem Zufall der Geburt.

Nimmt man den Glauben ernst, dass es die hohen Einkommen sind, die Manager und andere Spitzenverdiener zu Höchstleistungen motivieren, dann müssten die Löhne und Einkommen der Ärmsten eigentlich massiv erhöht werden, um auf diese Weise auch sie zu motivieren, aus ihrer Situation herauszukommen. Bei den Managern und Spitzendverdienern sei es ja das höhere Einkommen, das zu höheren Leistungen „motiviere“. Stattdessen wird bei den Ärmsten aber immer gekürzt, gestrichen und drangsaliert, um zu „motivieren“. Das ist eine praktische Ideologie: Bei den einen müssen die Einkommen massiv erhöht werden, um sie weiter zu motivieren, bei den anderen müssen sie gesenkt werden, um sie zu motivieren.

Experten der New Economics Foundation (2009), einer unabhängigen Denkfabrik mit Sitz in London, wollten wissen, welche Jobs wieviel zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen. Calculating the real value, heißt die Studie; übersetzt: die Berechnung des realen, des wahren Wertes. Bei vielen Jobs im Niedriglohnssektor fällt die Rechnung mehr als positiv aus. In der Kinderbetreuung steht einem Pfund Einkommen ein zusätzlicher Gewinn von 9 Pfund gegenüber – unter anderem, weil Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können, weil Kinder bei guter Betreuung zusätzliche Lernanreize erhalten und so in ihrer Entwicklung gefördert werden. Selbst Reinigungskräfte in einem Krankenhaus tragen laut Studie mehr zum Wohl der Gesellschaft bei. «Für jedes Pfund, das wir ihnen zahlen, generieren sie mehr als zehn Pfund an gesellschaftlichem Wert», Die gesellschaftliche Anerkennung für ihre Leistungen bleibt den Putzkräften aber verwehrt, die Löhne extrem niedrig.

Wenn jetzt wieder viel von den „Leistungsträgern“ die Rede ist, Kopf einschalten: Calculating the real value. Rechnen mit den wahren Werten.

## **2. Die Mittelschichtslüge**

Eine Linie. Am einen Ende stehen die Ärmsten, am anderen die Reichsten. Wenn man nun fragt, auf welcher Position dieser Linie sich die Reicherer einschätzen würden, dann zeigen sie auf die Mitte. Fragt man die Ärmeren, wo sie sich selbst sehen, ordnen sie sich ebenfalls ein: in der Mitte. Das ist der Grund, warum sich die Figur der Mitte so gut eignet, die wahren Verhältnisse zu vernebeln.

Denn die Mittelschicht ist offensichtlich eine Sache des Standortes. Sie ist meist dort, wo die Meinungseliten sie haben wollen. Am liebsten bei 4000 Euro. Das ist das in Parlamentsreden und Chefredakteurskommentaren am häufigsten genannte Einkommen. Die Mitte wird tendenziell zu hoch geschätzt. In Wirklichkeit beträgt der Median - die Mitte – der Einkommen Angestellter 1995 Euro, von ArbeiterInnen 1605 Euro brutto. Nimmt man das Haushaltseinkommen, also das gesamte verfügbare Einkommen eines Monats, mit dem eine Person lebt, dann befindet sich die Mitte – der Median – bei 1478 Euro netto. Wenn Kommentatoren von der Mittelschicht mit 3500 Euro Einkommen schreiben, dann sprechen sie von 9,8 Prozent aller Einkommensbezieher. Das soll die Mittelschicht sein? Da gehen versteckte Interessen einer kleinen Minderheit ab durch die Mitte – und

Omas und Häuslbauer werden verwendet, um die eigentlichen Interessen zu verschleiern. Nimmt man die Vermögen her, dann löst sich die Mittelschicht überhaupt in Luft auf. Die Konzentration ganz oben ist so hoch, dass die Mitte davon fast nichts mehr hat. 45 % haben hohe Immobilienvermögen, 48 % ganz wenig, und nur 7% stellen die mittlere Gruppe. Auch beim Geldvermögen ist die Mittelschicht am kleinsten, nur 15 %. Fast alles liegt in den Händen der obersten und reichsten 10 Prozent konzentriert.

Die Finanzkrise hat die Staatsverschuldung stark erhöht - und diese Kosten wird erneut allein die Mittelschicht tragen, wenn sie sich nicht aus ihrem verqueren Bündnis mit den Vermögenden löst.

Mittlere und untere Einkommen wurden immer stärker durch Massensteuern und den Faktor Arbeit belastet, während die obersten 10 Prozent entlastet wurden. Die Sparpakete streichen jetzt Familien- und Pflegeleistungen, die gerade auch die Mitte unterstützen. Von der ökonomischen Entwicklung haben im letzten Jahrzehnt besonders die obersten 10 Prozent profitiert, die untersten Einkommen haben verloren, und die Mitte wurde unter Abstiegsdruck gesetzt. Früher hatten die Eltern zu ihren Kindern gesagt, du sollst es einmal besser haben. Jetzt sagen sie, hoffentlich hast du es nicht schlechter.

So stimmt die Mittelschicht für Steuergesetze, die die Oberschicht einseitig privilegieren. Die Mittelschicht benimmt sich völlig irrational. Weil sie zu viel Energie in die Verachtung der Unterschicht steckt und dem fatalen Glauben anhängt, sie sei privilegiert. Diese Mittelschichtslüge liegt im Interesse von Leuten wie dem ehemaligen Banker Thilo Sarrazin. Sarrazin glauben heißt am eigenen Abstieg bauen. Die Folge: Die Reichsten rechnen sich arm, während die Armen reich gerechnet werden. Und die Mitte zahlt dafür.

### **3. Kulturalistischer Kurzscluß**

Menschen ohne Bekenntnis haben höhere Bildungsabschlüsse als Katholiken in Österreich. Kulturalistischer Kurzschluss: Um ökonomisch fit für die Zukunft zu sein, müssten wir die Katholiken zurückdrängen, um die Bildungsquote zu erhöhen.

Die letzten Terroranschläge in Österreich wurden von einem Katholiken aus der Südsteiermark, Herrn Franz Fuchs, verübt und mit der Verteidigung des christlichen Abendlandes in den Bekennerbriefen begründet. Kulturalistischer Kurzschluss: Achtung vor der Gefahr christlichen Terrors in Österreich.

Patriarch ermordet Frau. Der Macho hat einen türkischen Namen. Kulturalistischer Kurzschluss: Das ist kein Mord, sondern ein Kulturdelikt. Macho hält Frau im Keller gefangen. Sein Name ist Fritzl oder Prikopil. Kulturalistischer Kurzschluss bleibt aus: ein verrückter Einzeltäter.

Wir nehmen uns die Kultur wie wir sie brauchen.

In einem lesenswerten Artikel im Magazin The New Republic bezeichnet der Nobelpreisträger und Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen diesen Zwang zur Eintopf-Identität als „pluralen Monokulturalismus“. Das meint, dass ganze Bevölkerungsgruppen von einer einzigen Kultur und einer einzigen Identität ausgehen, derer sich alle einzufügen haben. Sie kann durch Blut, Herkunft oder Religion bestimmt sein.

Menschen erwerben Rechte durch ihr Menschsein, nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Religion, Kultur oder Herkunft. Wird das umgedreht, schnappt die Kulturalismus-Falle zu. Sie definiert Zugehörigkeit völkisch. Einmal Ausländer immer Ausländer. Als was du geboren wurdest, das bist du. Sie fasst deshalb auch den Integrationsbegriff kulturalistisch. Der Zugang zu Wohnungen, die nicht feuchten Substandard darstellen, wird so als kulturelles Recht definiert - und nicht als soziales Grundrecht. Dasselbe bei Familienzusammenführung, Sozialhilfe, sozialen Aufstiegschancen, Mitbestimmung. So werden „Armländer“ immer zu „Rausländern“. Mit der Kulturalisierung des Integrationsbegriffs wird Österreich noch stärker als bisher als Abstammungsgemeinschaft statt als Republik definiert. Es ist interessant zu sehen, dass der Integrationsbegriff nur bei Migranten kulturell codiert wird, während er in anderen Kontexten auf den Kern gleichberechtigter Teilhabe beschränkt bleibt. Der Sozialwissenschaftler Bernhard Perchinig weist darauf hin, dass Integration immer auf "die Teilhabe von vom Bildungszugang ausgeschlossenen Schichten oder auf die Verbesserung des Zugangs von Frauen zum Arbeitsmarkt konzentriert war, und auch in der Diskussion um die EU-Integration Österreichs ging es nicht um die "Anpassung Österreichs" an "europäische Werte", im Gegenteil, von überall war zu hören, dass die Besonderheiten des Landes geschätzt und gewürdigt werden.

Integration ist wörtlich übersetzt die Einbeziehung einzelner Teile in ein übergeordnetes Ganzes. In der wissenschaftlichen Debatte kommen mittlerweile Zweifel an der herrschenden Verwendung des Integrationsbegriffs auf. Denn die Vorstellung einer umfassenden Integration von Menschen in ein Gesellschaftssystem ist eine vormoderne Idee. Hier wurde die Zugehörigkeit von Personen zu einer bestimmten Gesellschaftsform – zu einer Familie, einem Dorf, zum Adel, Klerus oder Bauernstand bereits durch die Geburt festgelegt und bestimmte die Lebenschancen der Menschen nachhaltig: Einkommen und Vermögen, Bildung, soziale Kontakte und Heiratsmöglichkeiten. Von gleichen Rechten, gleichen und gerechten Chancen ist da nicht die Rede.

Mit den modernen Demokratien veränderte sich der Anspruch an den Integrationsmodus grundlegend. Eindeutig geregelte soziale Zuordnungen wie Adel, Arbeiter oder Bauernstand sollen nicht die Zukunftschancen der Bürger und Bürgerinnen bestimmen, sondern individualisierte Teilhabemuster werden bedeutend. Die moderne Gesellschaft ist vielmehr darauf angewiesen, dass Personen nicht integriert, sondern teil- und zeitweise in die verschiedenen Gesellschaftssysteme einbezogen werden: Als Erwerbstätige und Konsumenten ins Wirtschaftssystem, als Lernende ins Bildungssystem, als Kranke ins Gesundheitssystem, als Wähler ins Politiksystem, als öffentliche Person ins Mediensystem, als Bürger ins Rechtssystem, usw. (Abb. 1). Um die Moralisierung und Kulturalisierung des Integrationsbegriffs zu vermeiden, spricht die Systemtheorie hier von Inklusion.

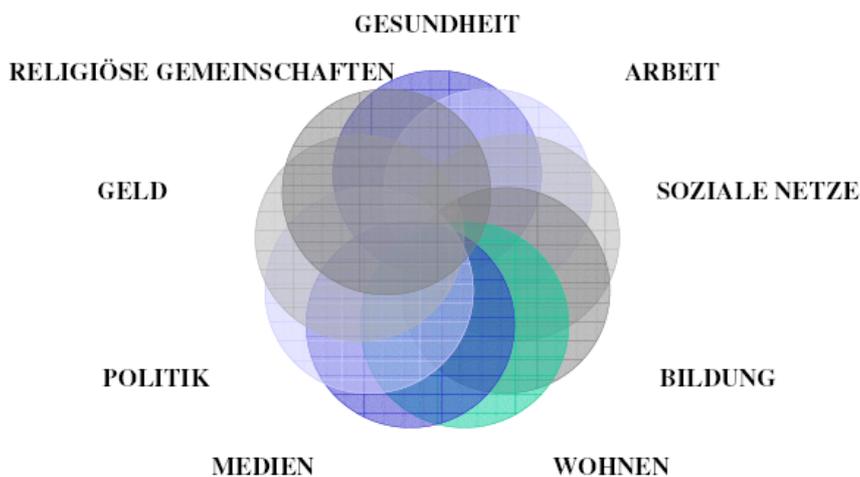
„Drunten sein“ heißt „teilhaben“ an den Leistungen und Chancen der einzelnen Funktionssysteme unserer Gesellschaft. Teilhabe betont stärker die Mitbestimmung und die Handlungsressourcen, die Benachteiligten ein gutes Leben ermöglichen. Teilhabe bringt den Menschen als Akteur in den Blick. Neben „guter Inclusion“ und Teilhabe geht es aber immer auch um Aneignung.

Der religiöse Kulturalismus funktioniert so wie der völkische: Als was du geboren wurdest, das glaubst du. Menschen müssen aber die Freiheit haben, sich gegen (religiöse) Herkunft oder traditionsbedingte Vorgabe entscheiden zu können. Das ist Grundlage für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft. Glaubende, ob sie zu Gott, Jahwe oder Allah beten, sind immer auch Frauen und Männer, Arme und Reiche, Privilegierte und Benachteiligte, Mächtige und Ohnmächtige.

Das ist wichtig, weil es zeigt, dass wir als Menschen mehrere Identitäten mit unserer je eigenen Geschichte, unseres Geschlechts, unserer Schichtzugehörigkeit, unseres Berufes aufweisen. Und Menschen entscheiden können, dass ihre ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit weniger wichtig ist als ihre politische Überzeugung, oder ihre beruflichen Zusammenhänge, oder ihre Rolle als Frau, oder ihre gewählten Freundschaften.

Die Kulturalisierung des Integrationsbegriffs dient dazu, nicht über Menschen- und Bürgerrechte reden zu müssen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass über Kulturen gesprochen wird, weil nicht über Menschenrechte gesprochen werden soll. Zwangsverheiratung ist dann nämlich Thema genauso wie die Menschenrechtssituation in der Schubhaft, sog. Ehrenmorde genauso wie Männergewalt in der

Abbildung 1: Systeme der Inclusion



Familie, mangelnde Bildungschancen genauso wie die fremdenpolizeiliche Trennung von binationalen Ehepaaren.

Der „plurale Monokulturalismus“ ist mittlerweile politischer Mainstream in Österreich. Genauso wie Kampfprogramm religiöser Fundamentalisten. Denn beide sind miteinander verfreundete Feinde.

#### **4. Das Ungeheuer von Loch Ness: Abstandsgebote**

Musik aus. Alle rennen. Alle laufen um die Sessel in der Mitte herum, und wenn die Musik nicht mehr ertönt, versucht man sich einen Sitzplatz zu ergattern. Manche können nicht mehr schnell laufen. Blöd ist auch, dass wieder ein Sessel weggeräumt wurde. Ausgeschieden.

Niedrige Arbeitslosenleistungen seien nämlich eine richtige Politik bei einer falschen Wahrnehmung durch die Betroffenen. Was aber, wenn es sich bei den Einwänden um eine richtige Wahrnehmung

einer falschen Politik handelt? Diese Politik beruht ideologisch auf dem so genannten „Abstandsgebot“ mit angeschlossenem „Armutsfallen-Theorem“: Der Unterschied zwischen Erwerbsarbeit und Sozialleistungen sei zu gering, deshalb nehmen die Betroffenen keine Arbeit an. Und weil sie dann solange in Sozialhilfe sind, werden sie träge und verelenden.

Diese Theorie müsste dann stimmen, wenn ein großer Teil der Betroffenen dauerhaft in Sozialhilfe/Mindestsicherung lebt. Die Forschung hat diese Annahme seit Jahren widerlegt, was ihrer mythischen Wiederholung aber keinen Abbruch tut. Die durchschnittliche Bezugsdauer beträgt rund 7 Monate. bei 25% bloß 1 bis 3 Monate. Nur rund 10% der Sozialhilfe-Haushalte leben zur Gänze und dauerhaft von der Leistung.

Eine Mischung aus „gesundem Vorurteil“ und neoklassischer Modelltheorie hat sich zu einer stabilen Seinsgewissheit verbunden, die sozialempirische Daten als Modellstörung empfindet. Lasst uns mit der Realität in Ruhe! Das „Abstandsgebot“ ist wie das Ungeheuer von Loch Ness. Fast alle haben es schon gesehen, obwohl...

- Der Abstand zwischen dem aus Erwerbsarbeit erzielbaren Einkommen und dem Sozialhilfeanspruch ist bei Alleinverdienern ohne Kinder am größten (Verhältnis 2 zu 1), bei Familien mit einem Alleinverdiener und mehreren Kindern geht er gegen Null. In der Logik des Abstandsgebots muss angenommen werden, dass der Sozialhilfebezug bei Alleinstehenden am kürzesten, bei Alleinverdienern mit mehreren Kindern am längsten in Anspruch genommen wird, denn erstere verbessern ihre Einkommenssituation durch Arbeitsaufnahme stark, letztere dagegen kaum oder gar nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verweildauer in Sozialhilfe ist bei Alleinverdienern mit mehreren Kindern am kürzesten (Bäcker & Hanesch, 1998).

- Der Sozialwissenschaftler Wolfgang Voges (2001) kommt nach einem Vergleich von Daten aus zehn verschiedenen Städten Europas zum Schluss, dass durch hohe Sozialleistungen keinerlei Abhängigkeiten oder Armutsspiralen entstehen. Dasselbe Ergebnis errechnet Robert Goodin (1999) für die Situation in den Niederlanden und in Deutschland. Im Vergleich zu den USA kommt er zum Ergebnis, dass trotz höherem Arbeitslosengeld in Deutschland und niedrigerem in den USA, Betroffene in den USA länger brauchen, um wieder einen Job zu finden.

- Dass wegen zu geringem Abstand zwischen Sozialleistung und zu erwartender Löhne keine Erwerbstätigkeit aufgenommen würde, wird auch durch Längsschnittdaten nicht bestätigt. Die Hallenser Längsschnittstudie von SozialhilfeempfängerInnen und das Sozio-Ökonomische Panel widerlegen empirisch was anekdotisch so sicher scheint. Arbeiten wie jene des deutschen Soziologieprofessors Georg Vobruba (2002, S.304) zeigen deutlich, dass SozialhilfebezieherInnen ihre Entscheidungen, „keinesfalls auf der Grundlage kurzfristiger Einkommenskalküle treffen“. Auch die Ergebnisse aus dem Niedrigeinkommenspanel (NIEP), das es erlaubt, den gesamten unteren Einkommensbereich der deutschen Wohnbevölkerung zu studieren, weisen in dieselbe Richtung. Auffällig ist, das hohe Maß an Eigeninitiative, das sich beispielsweise bei der Stellensuche zeigt. Von einem fatalistischen Verharren in der prekären Situation kann keine Rede sein. „Die Forschungsergebnisse geben keinerlei Anlass zu der Annahme, den Menschen im unteren Einkommensbereich würde es in weiten Teilen an der notwendigen Eigeninitiative mangeln. Im Gegenteil: Auf diesem Aktivitätspotential sollte das institutionelle Hilfeangebot aufbauen“, so die StudienautorInnen Hans Jürgen Andreß und Anne Krüger (2004, S.130).

Die Betroffenen setzen sich zumeist aktiv mit ihrer Situation auseinander und versuchen ihr Leben auch unter schwierigen Umständen zu gestalten. Neben Einkommensfragen spielen hier auch immaterielle Aspekte, wie die Stigmatisierung durch Arbeitslosigkeit, Belastungen in Beziehungen und die Frage der Betreuung von Kindern eine Rolle. Nicht zuletzt ist, wie unterschiedliche Studien und auch eigenen Erfahrungen zeigen, neben finanziellen Fragen immer auch der Wunsch nach eigenem Tätigsein und Eingebundensein in eine Arbeitsgemeinschaft für die Aufnahme einer Arbeit mitentscheidend (vgl. Hagen 2004 und Böckmann-Schewe 1998). Die Betroffenen sehen sich eben nicht als Opfer, sondern versuchen ihr Leben zu gestalten. Sie sind klüger als die Abstandstheoretiker und handeln komplex wie es sich diese offensichtlich nicht vorstellen können.

Das Arbeitslosenversicherungssystem erklärt jedenfalls nur einen Bruchteil der Arbeitslosigkeit, während andere Faktoren wie Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik eine wichtigere Rolle spielen. Seit Sigmund Freud wissen wir, dass die Lösung eines Problems nicht dort zu finden sein muss, wo das Problem sichtbar wird.

Wenn beim Sesseltanz die Musik aufhört und die Hälfte der Leute keinen Platz findet, hilft es nichts, wenn man die Musik schneller spielt. Musik an. Alle rennen.

### **Schlechte Inklusion**

Aber: Die am meisten Ausgeschlossenen sind gleichzeitig auch die am stärksten Eingeschlossenen. Wer liegengelassen wird, wird nicht mehr losgelassen. Auf paradoxe Weise sind die am meisten Ausgegrenzten die am stärksten Eingegrenzten. „Statt als Ausgrenzung aus der Gesellschaft muss Exklusion als Ausgrenzung in der Gesellschaft verstanden werden. Erst dann werden die Ausgeschlossenen wieder in den Verhältnissen sichtbar, die sie ausschließen und mit denen sie sich auseinandersetzen. Die Ausgegrenzten sind Teil der Gesellschaft, auch wenn sie nicht an ihren Möglichkeiten teilhaben“ (Kronauer 2006, S. 44).

*Abb 2 : Gute und schlechte Inklusion*

	„schlecht“	„gut“
Exklusion ist...	I	II
Inklusion ist...	III	IV

Dass Inklusion „gut“ und Exklusion „schlecht“ sei, ist keine so ausgemachte Sache. Besonders an den Nahtstellen Arbeitsmarkt und Sozialhilfe, Erwerbstätigkeit und „schwer Vermittelbare“ wird das Mischungsverhältnis zwischen staatlicher Hilfe und Zwangsmaßnahme brisant. Für die Betroffenen kann „Ausschluss“ hinsichtlich staatlicher Verhaltensregulierung positive Seiten gewinnen (II, „Austritt“), oder eine derartige Inklusion als massiv freiheitsbegrenzend abgelehnt werden (III „Einschließung“). Will man die Dynamik von Inklusions- und Exklusionsprozessen verstehen, muss man sich also auf die Erforschung akteurseigener Potentiale konzentrieren. „Die Akteure aktivieren

diese Potentiale, um an die Inklusions- und Exklusionsprozesse, die sie als ‚gut‘ erachten, Anschluss zu finden und um jenen Exklusions- und Inklusionsprozessen, die sie als ‚schlecht‘ ansehen, zu widerstehen.“ (Vobruba 2000, S.117).

„Drunten sein“ heißt „teilhaben“ an den Leistungen und Chancen der einzelnen Funktionssysteme unserer Gesellschaft. Teilhabe betont stärker die Mitbestimmung und die Handlungsressourcen, die Benachteiligten ein gutes Leben ermöglichen. Teilhabe bringt die Person als Akteur in den Blick. Als Korrektiv zum Inklusionsbegriff, der in seiner freiheitsbeschränkenden Form „einsperren“ bedeutet.

### **Verliererbeschimpfung**

Armut ist kein Naturereignis, das es mit jeder neuen Statistik frisch zu bestaunen gilt. Es gibt genügend Instrumente und Möglichkeiten im Vollzug der Sozialhilfe, in der Schule, beim Wohnen und mit sozialen Dienstleistungen gegenzusteuern.

Was jedenfalls nicht hilft: Die Opfer der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zu Schuldigen ihres Schicksals zu stempeln.

Die Missbrauchsdebatte ist eine Debatte der Krise. Dass die Missbrauchsdebatte gerade in Zeiten steigender Erwerbslosigkeit auftritt und es speziell bei Konjunkturreinbrüchen wie Anfang der 80er Jahre, Mitte der 90er und Anfang der 2000er Jahre besonders viele „Unwillige“ geben soll, ist politisches Kalkül. Offensichtlich wird die Missbrauchsdebatte nicht geführt, um die „Treffsicherheit“ von Unterstützungen zu erhöhen, sondern Kürzungen bei allen Leistungsbeziehenden vorzubereiten und zu rechtfertigen. Die Fälle von Leistungsmissbrauch werden von bestimmten Politikern wiederum dazu missbraucht, die Geldmittel für das untere soziale Netz als gesamtes zu denunzieren. Im politischen Diskurs ist mit schlechter werdender Konjunktur stets mit einer neuerlichen Missbrauchsdebatte zu rechnen. Sie dient dem politischen Management des Mangels auf dem Rücken der untersten Einkommensschichten.

Eine zentrale Rolle dabei spielt der Begriff der „Unterschicht“. Er hat in der aktuellen Diskussion einen neuen Ankick erhalten. Zum einen ist das gut, weil es klarstellt, dass es ein oben und unten gibt, Macht und Ohnmacht, mehr und weniger. In den 80er und 90er Jahren wollten uns ja viele Glauben machen, dass es nur mehr Lebensstile gibt und sich alle bloß dadurch unterscheiden, ob sie Volksmusik oder Underground hören, Lodenmantel oder Jacket tragen, Schweinsbraten oder Bio essen. Empirisch hat das nie gestimmt, stets waren sozialer Status, Einkommen, Bildung oder berufliche Position entscheidend für Chancen und Möglichkeiten in der Gesellschaft. Somit stellt die Feststellung einer „Unterschicht“ gesellschaftliche Realitäten richtig. Andererseits aber ist das kein unschuldiger Begriff, im Gegenteil er hat eine lange Geschichte. Gunnar Myrdal sprach 1962 zum ersten Mal von einer „underclass“. Er sah die gekündigten Arbeiter aussterbender Industrien in den USA, mit sinkendem Lebensstandard, an den sozialen Rand gedrängt. Underclass war bei Myrdal eine soziologische Kategorie – ohne moralisierende Beiklänge, ohne rassistische Untertöne und kulturelle Zuschreibungen. In den späten 60er Jahren erfuhr der Begriff eine stigmatisierende Umdeutung. Er wurde zum einen von politischen und ökonomischen Eliten moralisch aufgeladen, um soziale Unterstützung für die untersten Einkommensschichten zu denunzieren und zu kürzen. Zum anderen griffen ihn Interessensgruppen auf, um die Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings, die immer stärker auch soziale Rechte einforderte, zu delegitimieren. Am Schluss blieb vom

soziologischen Begriff der underclass die Karikatur des „faulen Negers“ über. Sozialwissenschaftler wie William Julius Wilson versuchten eine empirische und realistische Beschreibung von „underclass“ zu retten und sprachen von „ghetto poor“ oder „new urban poor“, aber die Sache war längst gelaufen. Die Geschichte der Armutsdiskurse besteht seit 100 Jahren in einem sich stets wiederholenden Prozess, bei dem die jeweilige Verlierergruppe eines grundlegenden Wandels für ihre verschlechterte soziale Lage selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und herabgewürdigt wird. In Deutschland tauchte die „Unterschicht“, nicht zufällig, in Vorbereitung der Hartz-Reformen wieder auf.

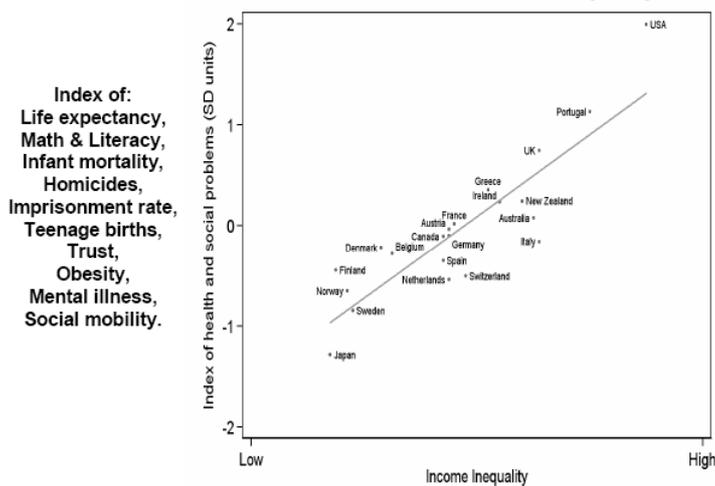
## **5. Brennende Probleme: Soziale Schere schadet**

Auf Englands Strassen brennt es. Das kommt nicht aus dem Nichts. Um gegenzusteuern gilt es Zusammenhänge zu sehen, Kontext begreifen, Gewalt nicht entschuldigen. Wenn wir uns drei Indikatoren anschauen: Erstens die Gewaltrate, zweitens die Anzahl der Gefängnisinsassen und drittens das Wohlergehen von Kindern. Und dann diese drei Indikatoren mit der sozialen Ungleichheit verknüpfen, die in unterschiedlichen Ländern besteht, dann bekommen wir als Ergebnis: Wo die soziale Schere auseinander geht, dort herrscht mehr Gewalt, dort sitzen mehr Menschen im Gefängnis und dort ist die Lebensqualität der Kinder viel schlechter.

In den USA wird alle drei Stunden ein Kind mit einer Waffe getötet, in England werden über eine Million Gewaltverbrechen in einem Jahr registriert. Das ist wesentlich höher als in anderen Staaten mit ähnlicher Wirtschaftskraft. Je höher die soziale Ungleichheit in einem Land, desto mehr an Gewalt ist zu verzeichnen. Dasselbe gilt für die Anzahl der Personen, die in Gefängnissen sitzen. Auch hier weist England eine extrem hohe Rate auf.

Der Report der UNICEF misst mehrere unterschiedliche Aspekte des Wohlergehens von Kindern: Einkommenssituation, Gesundheitszustand, Bildung, Selbstbestimmung, etc. Das Ergebnis: England weist hier ganz schlechte Werte auf. Je größer die Unterschiede zwischen arm und reich, desto schlechter die Lebensqualität von Kindern. Der Zusammenhang war in jenem Land am stärksten, in dem die höchste Anzahl der Kinder vorlag, die unter weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens im Land lebt. Nicht wie reich wir insgesamt sind, ist hier entscheidend, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind. Geht die Schere zwischen arm und reich noch mehr auf, heißt das mehr Krankheiten und geringere Lebenserwartung, mehr Teenager-Schwangerschaften, mehr Status-Stress, weniger Vertrauen, mehr Schulabbrecher, vollere Gefängnisse, mehr Gewalt und mehr soziale Ghettos (vgl. Wilkinson & Picket 2009).

*Abb 3: Gesundheitliche und soziale Probleme in Relation zur Einkommensungleichheit*



Denn: Armut ist kein Eigenschafts-, sondern ein Verhältniswort. Es geht immer um relative Ungleichheit, um relative Lebenslagen, um den Vergleich, um Ausschluss, um Kränkung. Armut im Reichtum, Diskriminierung in posanter Gleichheit, abhängige Herkunft bei versprochener Zukunft.

„Premier Cameron bietet uns Grütze und sagt uns dann, sie schmeckt wie Kaviar“, schimpft Jugendarbeiter Sameer aus London. Die Jugendzentren werden geschlossen, die Unterstützung für günstige Wohnungen um 60% gekürzt, die Schulen verfallen, prekäre Jobs breiten sich aus - und die Regierung nennt das dann ihre „Big Society“. Derweil wurden die Gelder in den Finanzdistrikten der City of London verspekuliert oder in den Sicherheits- und Kontrollapparat verschoben. So viel Kameras auf öffentlichen Plätzen gibt's nirgendwo in Europa, dem Gefängnis- und Sicherheitsbusiness geht es prächtig. Und Cameron kündigte an, die sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter zu bekämpfen anstatt die sozialen Probleme im Land. Zumindest eines ist sicher: So werden die brennenden Probleme nicht kleiner.

## Quellen:

Andreß, Hans-Jürgen & Krüger, Anne (2006): Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich, Berlin, S. 126.

Bäcker, Gerhard & Hanesch, Walter (1998): Landessozialbericht, Bd. 7: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Buhr, Petra et al (1998): Wege aus der Sozialhilfe – Wege in den Arbeitsmarkt? In: Heinz, W. et al (Hg): Was prägt Berufsbiografien?

Böckmann-Schewe, Lisa (1998): Ausstieg aus der Sozialhilfe durch berufliche (Re)Integration, in: Böckmann-Schewe et al (Hg): Frauen und Armut in Deutschland.

Dimmel, Nikolaus., Heitzmann, Karin & Schenk, Martin (2009). *Handbuch Armut in Österreich*. Studienverlag.

Goodin, Robert E. et al. (1999): *The Real Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.

Hagen, Christine (2004): Wege aus der Sozialhilfe - Wege aus der Armut? Lebensläufe zwischen Integration und Ausgrenzung.

Kronauer, Martin (2006): Drinnen und Draußen, Oben und Unten, in: Die Armutskonferenz (Hg): Mut zum Möglichen! Armut ist vermeidbar. Wie ökonomische Mythen wirken. Warum soziale Alternativen realisierbar sind. Publikation zur 6. Österreichischen Armutskonferenz, S. 44.

Myrdal, Gunnar (1962): Challenge to Affluence.

Schenk, Martin & Moser, Michaela (2010). *Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut*. Deuticke.

The New Economic Foundation (2009): A bit rich. Calculating the real value to society of different professions.

Vobruba, Georg (2000): Alternativen zur Vollbeschäftigung, Frankfurt, S. 117

Vobruba, Georg et al. (2002): Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt, S. 304.

Voges, Wolfgang (2001): Zwischen angemessener Unterstützung und sozialer Ausgrenzung: Sozialhilfe im europäischen Vergleich. Inklusion oder Exklusion durch existentielle Mindestsicherung? In: Christine Stelzer-Orthofer (Hg.): Zwischen Welfare and Workfare. Soziale Leistungen in der Diskussion, S. 91-122.

Walterskirchen, Ewald (2006): Aktive Beschäftigung in Österreich, WIFO-Studie.

Wilkinson, Richard & Pickett, Kate (2009): The Spirit Level. Why equal societies almost always do better.

Wilson, William Julius (1987): The Truly Disadvantaged.

## **Zum Autor**

Martin Schenk, geb. 1970, Studium der Psychologie an der Universität Wien, ist Sozialexperte der Diakonie Österreich und Mitinitiator der österr. Armutskonferenz. Schenk ist Mitinitiator zahlreicher sozialer Initiativen: „Hunger auf Kunst und Kultur“ (Kultur für Leute ohne Geld), "Wiener Spendenparlament" (Stimmen gegen Armut), Verein Hemayat (Betreuung schwer Traumatisierter), "Sichtbar Werden" (Armutsbetroffene organisieren sich); lange Jahre Arbeit mit Wohnungslosen, der Begleitung von sozial benachteiligten Jugendlichen und der Flüchtlingshilfe, Lehrbeauftragter am Fachhochschul-Studiengang Sozialarbeit am Campus Wien. Freier Mitarbeiter der Straßenzeitung Augustin, Aktuell erschienen: Bei Deuticke „Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut“, im Studienverlag „Handbuch Armut in Österreich“ und bei Mandelbaum „Abbilder der Folter. 15 Jahre Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen“.